

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/045/21-26
Sitzungsdatum	Dienstag, den 25.11.2025
Sitzungsbeginn	09:00 Uhr
Sitzungsende	11:55 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 3/Clubraum 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Bernd Wagner	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
-------------------	------------------------------

Mitglieder

Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald	(2. stellv. Vors.) HuF/045, HuF/046, HuF 047
Frau Anja El Fechtali	HuF/045, HuF/046, HuF 047
Herr Stephan Ewald	HuF/047 (in Vertretung für Philipp Götz)
Herr Philipp Götz	HuF/045, HuF/046
Frau Simone Hahn-Wiltschek	in Vertretung für Herrn Ulrich Hausner
Herr Christoph Haub	
Herr Rudolf Mewes	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
Herr Helge Müller	(in Vertretung für Herrn Dr. Reinhold Merbs) HuF/045 und HuF/046
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
Herr Dr. Martin Saltzwedel	HuF/045, HuF/046 und HuF/047

Schriftführung

Frau Sabrina Allemann	HuF/046
Frau Monique Büttner	HuF/047
Frau Angela Kammer	HuF/045
Frau Sarah Teuber	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
Herr Claus-Peter Vogt	HuF/047

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Kjetil Dahlhaus	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
Frau Erste Stadträtin Christine Diegel	HuF/045, HuF/046 und HuF/047
Herr Stadtrat Gerhard Bohl	
Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt	
Herr Stadtrat Alfons Janke	
Herr Stadtrat Siegfried Köppl	
Frau Stadträtin Evelyn Weiß	

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hendrik Hollender	Stadtverordnetenvorsteher
Frau Gudrun Friedrich	
Frau Sabine Fuchs	HuF/045 und HuF/046 als Stadtverordnete/Gast, in Vertretung für Herrn Dr. Reinhold Merbs in HuF/047

Verwaltung

Herr Andreas Bellof

HuF/045

Herr Tobias Brandt

Herr Heiko Bullmann

Herr Thorsten Haas

Herr Johannes Lukas Hölzinger

Herr Rico Kabisch

Frau Sabrina Kohl

Herr Andreas Meyer

Herr Michael Pollesch

Herr Thomas Rose

Frau Daniela Ruppel

Frau Nicola Schlerf

Frau Katja Spengler

Frau Annika Tilki

Frau Juliane van Reedt Dortland

Herr Ingo Wißmer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO
2		Genehmigung der Tagesordnung
3		Mitteilungen der Dezernenten
3.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Soforthilfe
3.2		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Kommunaler Finanzausgleich
4		Wahl von Schriftführern
5	21-26/1397	Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2025; hier: Aufstellung einer Stadtpolizei / Sachstandsbericht Oktober 2025
6	21-26/1648	Bestätigung Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“ Ausschreibung 2025
7	21-26/1601	Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ im Rahmen der Innenstadtentwicklung & Wirtschaftsförderung
8	21-26/1580/1	Neufassung der „Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) – Parkgebührenordnung vom 10.12.2001
9	21-26/1632/1	Änderung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktflächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung)
10	21-26/1503	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2025; hier: Budget für Ortsbeiräte auf Basis der HGO § 82 (4.2.)
11	21-26/1664	Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)
12	21-26/1536/1	Stellenplan 2025 - Aufhebung des Sperrvermerks unter der Kostenstelle 6.630000 - Gemeindestraßen, Ingenieurbauwerke
13		Präsentation der Stabsstelle Tourismus/Stadtmarketing - Stadthalle/Bürgerhäuser zum Stellenplan 2026
14	21-26/1586	Haushalt 2026 - Ergebnishaushalt 2026 - Finanzhaushalt 2026 - Stellenplan 2026 - Investitionsprogramm 2025 - 2029 - Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029 - Haushaltssatzung 2026
14.1		Ergebnishaushalt 2026
14.2		Finanzhaushalt 2026
14.3		Stellenplan 2026
14.3.1	21-26/1653	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 10 TVöD bei der Kostenstelle 1.000000 - Gemeindeorgane
14.3.2	21-26/1545	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 9b TVöD bei der Kostenstelle 1.020000 - Zentrale Dienste
14.3.3	21-26/1546	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 9b TVöD bei der Kostenstelle 1.020000 - Zentrale Dienste
14.3.4	21-26/1547	Stellenplan 2026; Streichung des kw-Vermerks "bei Ausscheiden der Stelleninhaberin" auf der Stelle TVöD 9a bei der Kostenstelle 1.021000 - Personal
14.3.5	21-26/1537	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 1.464700 - Kindertagesstättenverwaltung
14.3.6	21-26/1538	Stellenplan 2026; Schaffung von Stellen für den Bereich der städtischen Kindertagesstätten unter den Kostenstellen 1.464708 - Kita Mäuseburg und 1.464710 - Kita Usavorstadt

14.3.7	21-26/1558	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 2 TVöD Umfang 0,39 bei der Kostenstelle 4.561008 - Campus Sporthalle
14.3.8	21-26/1542	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 9a TVöD bei der Kostenstelle 5.050000 - Bürgerservice - Standesamt
14.3.9	21-26/1541	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 5.110000 - öffentliche Sicherheit und Ordnung
14.3.10	21-26/1543	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD Umfang 0,14 bei der Kostenstelle 5.110000 - öffentliche Sicherheit und Ordnung
14.3.11	21-26/1539	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 5.130000 - Feuerwehr - Verwaltung
14.3.12	21-26/1540	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 6 TVöD bei der Kostenstelle 5.130000 - Feuerwehr - Verwaltung
14.3.13	21-26/1613	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 2 TVöD Umfang 0,5 bei der Kostenstelle 5.130001 - Feuerwehr Kernstadt
14.3.14	21-26/1548	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.762100 - Stadthalle / Bürgerhäuser - Verwaltung
14.3.15	21-26/1549	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.762100 - Stadthalle / Bürgerhäuser - Verwaltung
14.3.16	21-26/1550	Stellenplan 2026; Schaffung von 1,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus
14.3.17	21-26/1551	Stellenplan 2026; Schaffung von 2,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus
14.3.18	21-26/1332	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2024; hier: Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement
14.4		Investitionsprogramm 2025 - 2029
14.5		Ergebnis- und Finanzplanung 2025 -2029
14.6		Haushaltssatzung 2026
15	21-26/1655	Beschluss über die Festlegung des Prüfers für die Jahresabschlüsse 2025 – 2027 Stadtwerke Friedberg
16	21-26/1658	Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Friedberg/Hessen
17	21-26/1629	Wirtschaftsplan 2026 der Entsorgungsbetriebe der Stadt Friedberg (Hessen)
18	21-26/1631/1	Überarbeitung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen)
19	21-26/1638	Neufassung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)
20	21-26/1665	Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse der Stadt Friedberg (Hessen)
21	21-26/1628	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2025; hier: Vorstellung von Wahlvorschlägen für die Ortsgerichte
22	21-26/1334	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen
23	21-26/1335	Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2024; hier: Aufstellung von "Sportboxen" im Friedberger Stadtgebiet
24	21-26/1637	Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2025; hier: Partnerschaft für den Reservedienst im Heimatschutz
25	21-26/1647	Sachstandsbericht Fördermittelmanagement Friedberg (Hessen)
26		Verschiedenes
26.1		Verschiedenes; hier: Haushaltsplan für Ortsbeiräte
26.2		Verschiedenes; hier: Ergebnis- und Finanzhaushalt
26.3		Verschiedenes; hier: 4-Jahresplanung
26.4		Verschiedenes; hier: ABO Energy
26.5		Verschiedenes; hier: Korrigierte Daten

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO

Ausschussvorsitzender Bernd Wagner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, die Dezerenten, den Magistrat, die Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und Besucher sowie Stadtverordnetenvorsteher Hendrik Hollender.

Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß, und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Auf die Beachtung von § 25 HGO durch die Gremienmitglieder wird durch den Vorsitzenden hingewiesen.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Nach kurzer Beratung zu Einwänden wird über die folgenden Änderungsanträge abgestimmt:

Behandlung unter dem Tagesordnungspunkt Stellenplan:

19.1		Stellenplan 2026
5	21-26/1332	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2024; hier: Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement

Verschiebung an das Ende der Tagesordnung:

6	21-26/1334	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen
7	21-26/1335	Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2024; hier: Aufstellung von "Sportboxen" im Friedberger Stadtgebiet
10	21-26/1628	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2025; hier: Vorstellung von Wahlvorschlägen für die Ortsgerichte
11	21-26/1637	Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2025; hier: Partnerschaft für den Reservedienst im Heimatschutz

Gemeinsame Behandlung der beiden thematisch zusammenhängenden Tagesordnungspunkte:

9	21-26/1503	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2025; hier: Budget für Ortsbeiräte auf Basis der HGO § 82 (4.2.)
16	21-26/1664	Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen genehmigt. Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

3. Mitteilungen der Dezernenten

3.1. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Soforthilfe

Erste Stadträtin Diegel informiert, dass die Soforthilfe in Höhe von 959.936,00 Euro eingegangen ist und im Haushalt 2025 verbucht wurde.

3.2. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Kommunalen Finanzausgleich

Erste Stadträtin Diegel informiert über die Reform zum kommunalen Finanzausgleich.

4. Wahl von Schriftführern

Seitens der Verwaltung werden für die Schriftführung Frau Sabrina Allemann, Frau Monique Büttner, Frau Rocio de la Cruz, Frau Daniela Ruppel, Frau Sarah Teuber und Frau Annika Tilki vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt einvernehmlich **per Akklamation**.

Beschluss:

Als Schriftführerinnen werden

**Frau Sabrina Allemann,
Frau Monique Büttner,
Frau Rocio de la Cruz,
Frau Daniela Ruppel,
Frau Sarah Teuber und
Frau Annika Tilki**

gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

5. 21-26/1397 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2025; hier: Aufstellung einer Stadtpolizei / Sachstandsbericht Oktober 2025

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. das städtische Ordnungsamt unter Eingliederung einer Abteilung Stadtpolizei zu verstärken und neu zu strukturieren und
2. die erforderlichen Stellen und materiellen Mittel ab dem Haushaltsjahr 2026 einzustellen,

um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Streifendienst im Stadtgebiet, insbesondere in den drei in der KOMPASS-Studie identifizierten Angstorten (Bahnhof samt Unterführungen, Seewiese, Innenstadt mit Schwerpunkten Altstadt und Kaiserstraße) auch in den Abendstunden und an Wochenenden aufrechterhalten werden kann. So sollen die im Rahmen des KOMPASS-Prozesses ergriffenen Präventionsmaßnahmen ergänzt und durch die Stadt Friedberg ein deutlicher Beitrag zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung geleistet werden.

Erste Stadträtin Diegel teilt den aktuellen Sachstand (Oktober 2025) mit (Aktivitäten, Pressemitteilungen, Ablaufplanung bis 2026, Umstellungen, Schulungskonzept, Stellenplanerhöhung) und nimmt zu Fragen Stellung.

Sie sagt zu, die Problematik Haagstraße/widerrechtliches Parken auf Sperrflächen auf die Agenda zu setzen.

Der Sachstandsbericht vom Oktober 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Erste Stadträtin Diegel sagt zu, den vorgestellten Sachstandsbericht weiter auszuarbeiten und dem Ausschuss in 2026 wieder vorzulegen.

zurückgestellt

6.	21-26/1648	Bestätigung Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“ Ausschreibung 2025
----	------------	---

An der ausführlichen Beratung der Themen projektbezogene Förderung, Folgekosten, Personalbedarf und Projekte beteiligen sich mit Wortmeldungen die Mitglieder Haub, Wagner, Müller, Dr. Saltzwedel und Mewes. Bürgermeister Dahlhaus und Erste Stadträtin Diegel sowie Bauamtsleiter Brandt nehmen zu Fragen Stellung.

Die Frage des Vorsitzenden Wagners, ob hierfür eine neue Stelle benötigt wird, verneint Bürgermeister Dahlhaus.

Vorschlag 1 (Helge Müller in Vertretung für Mitglied Dr. Merbs):
Regelmäßige Berichterstattung zur Entwicklung

Vorschlag 2 (Mitglied Dr. Saltzwedel):

Im Dialog mit den Bürgern sollten z.B. in den Pressemitteilungen erfolgreiche Projekte kommuniziert werden (Beispiel: Realisierung des Antrags 21-26/1525 vom 09.07.2025 von Bündnis 90/Die Grünen „Errichtung einer Informationstafel zum Bauvorhaben Kaiserstraße“)

Erste Stadträtin Diegel nimmt Stellung und teilt mit, dass Gastwirte das Konzept „Schafställe“ begrüßen.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Friedberg (Hessen) bestätigt im Rahmen des Landesprogramms „**Zukunft Innenstadt**“ – **Ausschreibung 2025: Experimentieren, ausprobieren, einfach mal machen** die eingereichten Projektvorschläge:

- i) **ZukunftsRaum 2.0** – Weiterentwicklung des bestehenden Innenstadt – Treffpunkts als multifunktionaler Raum für Begegnung und Information.
- ii) **KreativHaus 2.0** – Ausbau der kulturellen und kreativen Nutzung leerstehender Flächen zur Stärkung der Innenstadt.
- iii) **DigiDialog** – Aufbau eines digitalen Informations- und Beteiligungsformats für Bürgerinnen, Bürger und Gewerbetreibende.
- iv) **ZwischenZeit Friedberg** – Temporäre Nutzung von Leerständen zur Belebung der Innenstadt, Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Förderung neuer Impulse.

- a) Die Projekte dienen der nachhaltigen Stärkung der Friedberger Innenstadt und tragen dazu bei, die im Rahmen des Programms entwickelten strategischen Ziele der Stadt umzusetzen. Sie fördern Kooperation, Innovation, Teilhabe und Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum.
- b) Ziel der Projekte ist die **Weiterentwicklung und Verstetigung bestehender Strukturen**, die **Erprobung neuer Nutzungsformate** sowie die **Stärkung der Innenstadt als multifunktionalen, lebendigen und zukunftsorientierten Ort**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

7. 21-26/1601 Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ im Rahmen der Innenstadtentwicklung & Wirtschaftsförderung

Das Gremium nimmt den in den §§ 5 und 7 aktualisierten Kooperationsvertrag (Stand Nov. 2025) zur Kenntnis, inkl. Synopse der Änderungen.

Bürgermeister Dahlhaus nimmt zum aktualisierten Kooperationsvertrag Stellung und sagt regelmäßige Sachstandsberichte zu.

An der kontroversen Beratung zur Finanzierung, Fördergeld-Entwicklung und Darstellung der Kosten im Haushalt beteiligen sich mit Wortmeldungen folgende Mitglieder: Dr. Saltzwedel, Götz, Haub, Mewes und Helge Müller in Vertretung für Mitglied Dr. Merbs.

Änderungsantrag 1 (Mitglied Dr. Saltzwedel):

Dynamische Fördergeld-Entwicklung (z.B. Reduzierung auf 0 in drei Jahren: 40.000 / 20.000 / 10.000 / 0 Euro)

Änderungsantrag 2 (Mitglied Götz):

Einbindung des Haupt- und Finanzausschusses in Finanzierung und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation.

Änderungsantrag 3 (Mitglied Haub):

Im Beschlusssentwurf werden unter Punkt 3 Mittel und Kosten eingestellt und Erlöse berücksichtigt. Die Kosten erhalten einen Sperrvermerk, bis die Mittel in den Haushalt eingestellt sind; dem Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Rücknahme des Sperrvermerks.

Änderungsantrag 4 (Mitglied Dr. Saltzwedel)

Ergänzung einer Verpflichtungsermächtigung: „In 2026 und 2027 wird angestrebt, ein geringeres Budget abzurufen.“

Bürgermeister Dahlhaus und Amtsleiter Brandt nehmen zu Fragen bezüglich Fördergeld, Einbindung des Haupt- und Finanzausschusses in die Finanzierung und Sperrvermerk-Option Stellung. Im Hinblick auf § 7 kündigt Herr Brandt eine Vorlage an. Aktuell seien im Haushalt keine Erlöse eingestellt. Er stellt die Reduzierung der Ausgaben für Miete und Honorar in Aussicht.

Nach ausführlicher und kontroverser Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ in Zusammenarbeit mit der dark knights GmbH bis 31.12.2027 wird zugestimmt.
2. Der Verlängerung Kooperationsvertrag mit der dark knights GmbH wird zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsverlängerung umzusetzen sowie entsprechende Mittel in den Haushaltsjahren 2026 bis 2027 bereitzustellen.
4. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, im Rahmen verfügbarer Landes- oder Bundesprogramme Fördermittel zur (Teil-)Finanzierung des Projektes zu akquirieren.
5. **Der in den §§ 5 und 7 aktualisierte Kooperationsvertrag wird beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

8.	21-26/1580/1	Neufassung der „Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) – Parkgebührenordnung vom 10.12.2001
-----------	---------------------	--

Es liegt ein Ergänzungsbeschluss des Ausschusses für Energie, Wirtschaft und Verkehr vor.

Erste Stadträtin Diegel weist darauf hin, dass es sich bei der aktuellen Vorlage 21-26/1580/1 im Vergleich zur Referenzvorlage 21-26/1580 lediglich um eine formale Änderung handelt, da das Datum des Inkrafttretens ergänzt wurde.

Nach kurzer Beratung wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der Beschluss zur Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2025 wird aufgehoben.
2. Der Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

3. Ausfertigungsvermerk:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit Ergänzung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

9.	21-26/1632/1	Änderung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktplätzen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung)
-----------	---------------------	---

Der Änderungsbeschluss des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Dahlhaus nimmt Stellung zur Marktorganisation und kündigt eine Beschlussvorlage zur zukünftigen Kooperation mit einem Festwirt als Dienstleister für den Herbstmarkt an.

Seitens des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung stellt Sabrina Kohl, Leiterin der Gewerbeabteilung, das neue Marktconcept und die Vorteile einer Marktsatzung vor. Sie erläutert die Gebührenanpassung sowie die Grundlagen der Gebührenerhebung, die Kostenverteilung für Sicherheitsconzepte und nimmt zu Fragen Stellung.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Wiltschek, Vertretung für Mitglied Hausner, zu Kriterien der Auswahlverfahren für Schausteller, erläutert Frau Kohl in Bezug auf einen Vorfall im Bereich „Geisterbahn“, die Grundlagen der Schaustellerauswahl und die Vertragsklausel, dass bei kurzfristigen Absagen eines Schaustellerbetriebes dieser verpflichtet ist, für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Im Rahmen einer vielfältigen Stadt würden ausländerfeindliche Vorfälle registriert und die Angebotsqualität dahingehend geprüft.

Nach eingehender Beratung mit Wortmeldungen der Mitglieder Dr. Saltzwedel, Haub, Mewes, Durchwald und Frau Hahn-Wiltschek in Vertretung für Mitglied Ulrich Hausner sowie Verwaltungsmitarbeiterin Frau Kohl wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Neufassung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktflächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung) wird mit folgender Änderung zugestimmt.

Der Passus der Gebührenordnung § 3 Abs. 3 2a wird wie folgt geändert: a) Fahrgeschäfte Gesamtfläche von 400,00 € bis 2.500,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

10.	21-26/1503	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2025; hier: Budget für Ortsbeiräte auf Basis der HGO § 82 (4.2.)
------------	-------------------	---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Errichtung eines Budgets für Ortsbeiräte auf der Grundlage der HGO § 82 (4, Satz 2) zu erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Ziel soll sein, allen Ortsbeiräten ab dem Haushaltsjahr 2026 ein Budget zur Verwendung nach einem Regelwerk zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

11.	21-26/1664	Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)
------------	-------------------	--

Beschlussentwurf:

Die Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.

Änderungsantrag 1 (Dr. Saltzwedel)

Folgender Satz soll in der Richtlinie gestrichen werden: „ 3.1. Maximalbetrag darf die Höhe des Sockelbetrags von 500 Euro nicht übersteigen.“

Änderungsantrag 2 in Ergänzung (Herr Haub):

Die Ausgabe der Finanzmittel dürfen keine Folgekosten produzieren.

Nach eingehender Beratung der Vor- und Nachteile, der gesetzlichen Regularien gemäß HGO (Par. 82.4 HGO/Übertragung von Aufgaben auf Ortsbeirat) und verwaltungstechnischer Abwicklung mit Wortmeldungen der Mitglieder Dr. Rack, Haub, Dr. Saltzwedel, Müller, Mewes sowie Bürgermeister Dahlhaus und Fachbereichsleiter Innere Verwaltung Bullmann wird folgender Beschluss zum Änderungsantrag gefasst:

Änderungsantrag 1:

Der Satz 3.1. „Der Maximalbetrag darf die Höhe des Sockelbetrags von 500 Euro nicht übersteigen.“ wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen) wird mit folgender Änderung beschlossen:

In der Richtlinie wird unter Punkt 3.1. der Satz „Der Maximalbetrag darf die Höhe des Sockelbetrags von 500 Euro nicht übersteigen.“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

12.	21-26/1536/1	Stellenplan 2025 - Aufhebung des Sperrvermerks unter der Kostenstelle 6.630000 - Gemeindestraßen, Ingenieurbauwerke
------------	---------------------	--

Beschluss:

1. Der im Stellenplan des Haushalts 2025 für die Stelle der Wertigkeit TVöD 11 bei der Kostenstelle 6.630000 – Gemeindestraßen, Ingenieurbauwerke angebrachte Sperrvermerk wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die Besetzung der Stelle in die Wege zu leiten sowie die Stelle künftig sachgerecht unter der Kostenstelle 6.580000 – Öffentliche Grünanlagen / Landschaftsbau abzubilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

13.	Präsentation der Stabsstelle Tourismus/Stadtmarketing - Stadthalle/Bürgerhäuser zum Stellenplan 2026
------------	---

Die Leiterin der Stabsstelle Tourismus/Stadtmarketing – Stadthalle/Bürgerhäuser Juliane van Reedt Dortland stellt auf Basis der letzten Präsentation den weiteren Stellenbedarf im Bereich Stadthallenverwaltung und im Aufgabenbereich Tourismus/Stadtmarketing dar sowie Chancen einer Weiterentwicklung.

Dr. Saltzwedel meldet Klärungsbedarf und Fragen an. Der Vorsitzende ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

zur Kenntnis genommen

		Haushalt 2026
		- Ergebnishaushalt 2026
		- Finanzhaushalt 2026
14.	21-26/1586	- Stellenplan 2026
		- Investitionsprogramm 2025 - 2029
		- Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029
		- Haushaltssatzung 2026

Beschluss:

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen wird

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 in der als Anlage beigefügten Fassung **beschlossen**.

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen wird

- das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 3 HGO i.V.m. § 9 Abs. 2 GemHVO) in der als Anlage beigefügten Fassung **bei Stimmengleichheit gemäß § 54 HGO abgelehnt**.

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 4 HGO i.V.m. § 9 GemHVO) wird **zur Kenntnis genommen**.

14.1. Ergebnishaushalt 2026

Ausschussvorsitzender Wagner teilt mit, dass die Beratung des Ergebnishaushaltes pro Amt vorgenommen wird. Vorab werden grundsätzliche Fragen/Bemerkungen zum Haushaltsentwurf geklärt.

Grundsätzliches zur Personenunterführung Bahnhof - Investitionsnummer 6.0614.35:

Die UWG macht darauf aufmerksam, dass in der Änderungsliste ein Zahlendreher in den Planungskosten ist. Statt wie angegeben 3,18 € Mio. sind es 3,81 € Mio.

Ergebnishaushalt 2026 – pro Amt

Amt 1 – Haupt- und Personalamt

Kostenstelle 1.020000, Zentrale Dienste, Allgemeine Verwaltung

Sachkonto 6880000, Fort- und Weiterbildung

Bürgermeister Dahlhaus beantragt, den Ansatz von 15.000,00 € um 20.000,00 € auf 35.000,00 € zu erhöhen. Diese Mittel sollen für Deeskalationsschulungen von 120 Mitarbeiter verwendet werden.

Beschluss:

Kostenstelle 1.020000, Zentrale Dienste, Allgemeine Verwaltung

Sachkonto 6880000, Fort- und Weiterbildung

Der Ansatz von 15.000,00 € wird um 20.000,00 € auf 35.000,00 € erhöht. Diese Mittel sollen für Deeskalationsschulungen von 120 Mitarbeiter verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Kostenstelle 1.020000, Zentrale Dienste, Allgemeine Verwaltung

Sachkonto 6779000, Aufwendungen für andere Beratungsleistungen

Bürgermeister Dahlhaus beantragt, den Ansatz von 10.000,00 € um 50.000,00 € auf 60.000,00 € erhöht. Das Projekt SmartCity Strategie kann dieses Jahr aufgrund der Kündigung des Digitalisierungsbeauftragten nicht mehr durchgeführt werden.

Beschluss:

Kostenstelle 1.020000, Zentrale Dienste, Allgemeine Verwaltung

Sachkonto 6779000, Aufwendungen für andere Beratungsleistungen

Der Ansatz von 10.000,00 € wird um 50.000,00 € auf 60.000,00 € erhöht, zur Durchführung des Projekts SmartCity in 2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Es gibt keine weiteren Fragen oder Anträge.

Amt 2 – Fachbereich Finanzen

Kostenstelle 2.570000 Usa-Wellenbad

Die FDP gibt zu bedenken, dass eine Sanierung oder ein Neubau des Usa-Wellenbads in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommt und bittet daher in den zukünftigen Vorberichten um entsprechende Informationen.

Es gibt keine weiteren Fragen und Anträge.

Amt 3 – Fachdienst Forderungs- und Veranlagungsmanagement

Allgemeines Thema Hundesteuer:

Die FDP bittet um die Aufrüstung von Außendiensten (Bsp. Ordnungspolizei), um stärkere Kontrollen für nicht angemeldete Hunde durchzuführen. Der Vorschlag Stichproben vorzunehmen steht im Raum. Erste Stadträtin Diegel berichtet, dass eine verstärkte Präsenz vorgesehen ist, jedoch in Bezug auf das Thema Kampfhunde. Der Vorschlag der FDP wird mitberücksichtigt.

Es gibt keine weiteren Fragen und Anträge.

Amt 4 – Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen

Kostenstelle 4.439000 andere soziale Einrichtungen

Sachkonto 7128013 Zuschuss f. lfd. Zwecke Frauenhaus/Frauenzentrum

Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen: Der Ansatz von 14.500 € soll um 500 € auf insgesamt 15.000 € erhöht werden, mit der Bitte, das Geld auch vollständig abzurufen.

Beschluss:

Kostenstelle 4.439000 andere soziale Einrichtungen

Sachkonto 7128013 Zuschuss f. lfd. Zwecke Frauenhaus/Frauenzentrum

Der Ansatz von 14.500 € wird um 500 € auf insgesamt 15.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Kostenstelle 4.900022 Flüchtlingsbetreuung UKRAINE

SK 6051000: 375 Stromkosten Flüchtlingsunterkunft Ukraine 6051000:

Herr Dr. Saltzwedel/Bündnis 90/Die Grünen: Warum verdoppeln sich dort die Stromkosten obwohl Flüchtlingsanzahl rückwirkend ist? Amtsleiter Hölzinger berichtet, dass man sich bei der Planung an dem Ergebnis 2024 orientiert hat und die Abschlagszahlen des Stromanbieters erhöht wurden. Erste Stadträtin Diegel ergänzt, dass im Ansatz 2025 Pauschalkürzungen vorgenommen wurden und daher der Ansatz 2025 nicht stimmt. Es gab in 2024 eine ähnliche Belegung der Flüchtlinge wie aktuell: 18 Personen. Position soll überprüft werden.

Kostenstelle 4.561002 Sportstätte Bruchenbrücken

Sachkonto 6701000 Miete / Mähroboter

Anmerkung von Bündnis 90/Die Grünen: Der Mähroboter sollte nicht ohne Aufsicht laufen gelassen werden, da man den Tierschutz beachten sollte und es Erfahrungsberichte gibt, dass Sportplätze veranstaltet werden.

Keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

(Sitzungsende HuF 045/21-26, Mittagspause 11:55 Uhr – 13:00 Uhr)

(Sitzungsbeginn: HuF 045/21-26, 13:00 Uhr)

Amt 5 – Amt für öffentliche Sicherheit

Kostenstelle 5.050000 Bürgerservice - Standesamt

Sachkonto 6869000 sonst. Aufwendungen Repräsentation

Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merken an, dass Schlösser als Geschenk für Hochzeitspaare nicht nachhaltig sind. Es wird darum gebeten, dass dies bei der Umgestaltung der Geschenke berücksichtigt wird.

Kostenstelle 5.110000 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die CDU bittet um die Vorstellung eines Konzepts bzgl. der Stadtpolizei und Präsenz. Frau Diegel gibt hierzu eine vorläufige Präsentation und verweist auf den zeitnah fertig zu stellenden Bericht.

Kostenstelle 5.732000 Großveranstaltungen

Sachkonto 6890000 sonstige Aufwendungen f. Kommunikation

Bündnis 90/Die Grünen regen an, die Ansätze zukünftig auf Kostenstellenebene und/oder Sachkontenebene genauer zu definieren und damit übersichtlicher zu machen.

Sachkonto 6139000 sonstige weitere Fremdleistungen

Änderungsantrag von Bürgermeister Dahlhaus: Es wird gebeten, den Ansatz von 34.000 € um 17.000 € auf insgesamt 51.000 € zu erhöhen, da ein Erlass des Landes Hessen dazu auffordert, ein Sicherheitskonzept zu erstellen. Die Grünen bitten den Ansatz auch für ein langfristiges Sicherheitskonzept zu nutzen und nicht nur für einzelne Veranstaltungen (z.B. Herbstmarkt).

Beschluss:

Sachkonto 6139000 sonstige weitere Fremdleistungen

Der Ansatz von 34.000 € wird um 17.000 € auf insgesamt 51.000 € erhöht. Ein langfristiges Sicherheitskonzept soll erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

Amt 6 – Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen

Kostenstelle 6.580000 Öffentliche Grünanlagen/Landschaftsbau
SK 6161000 Instandh. Gebäude, Außenanl. (Fremdinstandhaltung)

Die CDU bittet um die Prüfung von Alternativen in Bezug auf die Wildkrautentfernung, da die Kosten zu hoch sind.

Kostenstelle 6.790000 – Wirtschaftsförderung

Die Personalkosten für die zweite Stelle in der Wirtschaftsförderung wurden nicht berücksichtigt. Daher wird folgender Antrag gestellt:

SK 6201000 Entg. F. geleist. Arbeitszeit

Antrag um Erhöhung der Aufwendungen von 65.650,00 € um 65.650,00 € auf insgesamt 131.300 €.

SK 6201001 Leistungsentgelt Beschäftigte

Antrag um Erhöhung der Aufwendungen von 1.800 € um 1.800 € auf insgesamt 3.600 €

SK 6401000 AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich 51.600 €

Antrag um Erhöhung der Aufwendungen von 25.800 € um 25.800 € auf insgesamt 51.600 €

SK 6470000 Zukunftssicherung/Zusatzversorg. Entgeltbereich 19.900 €

Antrag um Erhöhung der Aufwendungen von 9.950 € um 9.950 € auf insgesamt 19.900 €

Beschluss:

Kostenstelle 6.790000 – Wirtschaftsförderung

SK 6201000 Entg. F. geleist. Arbeitszeit

Die Aufwendungen werden von 65.650,00 € um 65.650,00 € auf insgesamt 131.300 € erhöht, für die zweite Stelle Wirtschaftsförderung.

SK 6201001 Leistungsentgelt Beschäftigte

Die Aufwendungen werden von 1.800 € um 1.800 € auf insgesamt 3.600 € erhöht.

SK 6401000 AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich 51.600 €

Die Aufwendungen werden von 25.800 € um 25.800 € auf insgesamt 51.600 € erhöht.

SK 6470000 Zukunftssicherung/Zusatzversorg. Entgeltbereich 19.900 €

Die Aufwendungen werden von 9.950 € um 9.950 € auf insgesamt 19.900 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

Amt 7 – Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen

Kostenstelle 7.880000 Allgemeines Grundvermögen

SK 6701000 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen

Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen bitten um eine Erklärung, wohin die Kosten verschoben wurden. Erklärung wird nachgereicht.

Es gibt keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

(Sitzungspause 14:03 bis 14:12 Uhr)

Amt 9 – Stabsstellen

Es gibt keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

Änderungsliste Ergebnishaushalt 2026

Es gibt keine weiteren Fragen und Änderungsanträge

Die CDU bittet, dass die Beschlussfassung zum Ergebnishaushalt zurückgestellt wird, bis über den Stellenplan beraten wurde, da der Stellenplan im Finanzhaushalt noch nicht enthalten ist und sich das negative Ergebnis von 9.371.600 Mio. € noch verändern wird.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf des Ergebnishaushalts unter Berücksichtigung der vorgenommenen Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 2 Nein 1 Enthaltung 6

14.2. Finanzhaushalt 2026

Für folgende Maßnahmen werden Änderungen angeregt und entsprechend berücksichtigt:

Investitionsnummer 4.0621.04 Skulptur-Elvis-Presley Platz:

Die Verwaltung schlägt vor, die 10.000 € ins Haushaltsjahr 2027 zu verschieben.

Beschluss:

Investitionsnummer 4.0621.04 Skulptur-Elvis-Presley Platz:

Die Haushaltsmittel von 10.000 € werden ins Haushaltsjahr 2027 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 6.0952.01 Kaiserstraße:

Nach Gesprächen über die Umgestaltung der Kaiserstraße stellt die CDU den Antrag, Mittel i. H. v. 5 Mio. € jeweils für 2028 und 2029 bereit zu stellen.

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0952.01 Kaiserstraße:

Mittel i. H. v. 5 Mio. € werden jeweils für 2028 und 2029 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 6.0614.16 Radwegeausbau Gesamtstadt

Die FDP hinterfragt, warum kein Ansatz hierfür geplant ist und bittet um eine Übersicht, wann welcher Radweg ausgebaut werden soll. Herr Brandt teilt mit, dass dafür Restemittel verwendet werden.

Investitionsnummer 5.0840.29 Mobile Heizanlagen Feuerwehrgerätehäuser

Nach reger Diskussion wird sich darauf geeinigt, erst einmal ein Gerät anzuschaffen.

Auf Antrag der FDP wird der Ansatz von 120.000 € um 95.000 € auf insgesamt 25.000 € gekürzt und gebeten, jeweils 25.000 € für die Jahre 2027 – 2029 einzuplanen.

Beschluss:

Investitionsnummer 5.0840.29 Mobile Heizanlagen Feuerwehrrätehäuser:

Zunächst wird ein Gerät angeschafft. Der Ansatz von 120.000 € wird um 95.000 € auf insgesamt 25.000 € gekürzt. Jeweils 25.000 € werden für die Jahre 2027 – 2029 eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 6.0357.01 Verkehrsstation Friedberg Anteil Stadt

Bei dem Ansatz von 2 Mio. € ist versehentlich der Fehlerteufel eingeschlichen. Er soll auf Vorschlag der Verwaltung im Ansatz 2026 auf 200.000 € geändert werden und als Zuschuss an die Deutsche Bahn für einen barrierefreien Ausbau genutzt werden.

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0357.01 Verkehrsstation Friedberg Anteil Stadt:

Der Ansatz von 2 Mio. € wird im Ansatz 2026 auf 200.000 € geändert und als Zuschuss an die Deutsche Bahn für einen barrierefreien Ausbau genutzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 2.1120.01 Kauf von Anteilen Wohnungsbaugesellschaft

Antrag von der CDU um eine Erhöhung analog des Vorjahres von 200.000 € um 300.000 € auf insgesamt 500.000 €.

Beschluss:

Investitionsnummer 2.1120.01 Kauf von Anteilen Wohnungsbaugesellschaft:

Der Ansatz von 200.000 € wird um 300.000 € auf insgesamt 500.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Planung zur Sanierung der Panzerbrücke in Bruchenbrücken

Die CDU beantragt, die Ansätze für 2026 auf 50.000 € und für 2027 auf 750.000 € einzustellen.

Beschluss:

Planung zur Sanierung der Panzerbrücke in Bruchenbrücken:

Die Ansätze für 2026 von 50.000 € und für 2027 von 750.000 € werden eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Planung eines Parkhauses in Friedberg

Antrag von Bürgermeister Dahlhaus:

Antrag von Bürgermeister Dahlhaus: Ansatz für die Planung eines Parkhauses von 100.000 € in 2026. Es wird über Ersatzparkflächen im Stadtgebiet diskutiert, wenn das Parkhaus der Stadtwerke abgerissen wird.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen:

Der Ansatz soll mit einem Sperrvermerk versehen werden. Es soll ein Sachvortrag in der nächsten HuF-Sitzung dazu gehört werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 2, Nein 6, Enthaltung 1

Beschluss:

Planung eines Parkhauses in Friedberg:

Für die Planung eines Parkhauses werden 100.000 € in 2026 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 6, Nein 2, Enthaltung 1

Investitionsnummer 6.0537.04 Sanierung Trauerhalle Bruchenbrücken alt

Forderung der FDP: Für die Sanierung der Trauerhalle und die Schaffung von Sitzmöglichkeiten für Trauergottesdienste wird um einen Ansatz gebeten. Es wird sich darauf geeinigt, dass die Trauerhalle in Dorheim in 2026 in Stand gesetzt wird und die Trauerhalle in Bruchenbrücken in 2027.

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0537.04 Sanierung Trauerhalle Bruchenbrücken alt:

Die Trauerhalle in Dorheim soll in 2026 in Stand gesetzt werden und die Trauerhalle in Bruchenbrücken in 2027.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 6.0803.01 Baumpflanzung Ludwigstraße

Die FDP bittet um Auskunft, ob es noch verfügbare Mittel gibt, um weitere Straßen zu sanieren. Herr Brandt berichtet über zusätzliche Mittel für kleinere Reparaturen.

Antrag: Der ehemalige Ansatz von 90.000 € soll in 2026 zur Ausführung kommen.

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0803.01 Baumpflanzung Ludwigstraße:

Der ehemalige Ansatz von 90.000 € soll in 2026 zur Ausführung kommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 1.0531.06, 1.0531.11, Kita Taunusstraße

Die Grünen bemängeln, dass der Ansatz bei mehreren Kitas auftaucht und wohl umverteilt wurde, aber nicht ersichtlich ist, wie viel vom Ansatz aktuell da ist. Frau Diegel geht in die Klärung.

Investitionsnummer 4.0358.02 Zuschuss Sanierung Orgel in der Stadtkirche

Antrag der Grünen: Den Zuschuss aus dem Ansatz 2026 in Höhe von 10.000 € für das Uhrwerk sowie die Glockenanlage zu verwenden.

Beschluss:

Investitionsnummer 4.0358.02 Zuschuss Sanierung Orgel in der Stadtkirche:

Der Zuschuss aus dem Ansatz 2026 in Höhe von 10.000 € soll für das Uhrwerk sowie die Glockenanlage verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Investitionsnummer 6.0561.15 Regenrückhaltebecken

Es ist aktuell kein Ansatz geplant. Es liegt jedoch ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vor, der besagt, dass das Thema in Bezug auf den Klimaschutz umgesetzt werden muss.

Antrag der Grünen: Es soll ein Ansatz in Höhe von 90.000 € für eine Studie zum Rückhaltebecken geplant werden.

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0561.15 Regenrückhaltebecken:

Es soll ein Ansatz in Höhe von 90.000 € für eine Studie zum Rückhaltebecken eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

(Sitzungspause von 16:10 bis 16:15 Uhr)

Investitionsnummer 9.0535.02 Energetische Sanierung MZH Bruchenbrücken und 2.0535.03 DGH Bauernheim

Die Grünen erkundigen sich nach einem genauen Planungszeitraum. Bauamtsleiter Herr Brandt kann dazu keine genaue Aussage treffen, da es von den Gutachten abhängig ist, die für Bauernheim im Quartal 2026 vorliegen sollen. Danach erfolgt die Umsetzung. Die Planung für Bruchenbrücken soll in 2026 vorgenommen werden und in 2027 umgesetzt werden.

Es wird sich darauf geeinigt, dass vor der Beschlussfassung des Haushalts in der Stadtverordnetenversammlung eine aktuelle Aussage hierzu bekannt gegeben werden soll.

Investitionsnummer 9.0658.01 Wassertretstelle

Antrag der Grünen, die Mittel von 30.000 € zu streichen. Der Vorschlag von Bürgermeister Dahlhaus, einen Sperrvermerk daraus zu machen, wird nicht unterstützt.

Beschluss:

Investitionsnummer 9.0658.01 Wassertretstelle:

Die Mittel von 30.000 € werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Es gibt keine weiteren Fragen oder Anträge

Änderungsliste Investitionshaushalt

Es entsteht eine Diskussion darüber, ob die Mittel für die Personenunterführung am Bahnhof bereits eingeplant werden müssen. Frau Diegel erläutert die Konsequenzen, wenn der Bürgerentscheid positiv verläuft und keine Mittel eingeplant sind.

Antrag der CDU zur Investitionsnummer 6.0614.35 Personenunterführung am Bahnhof:

810.000 € in 2026 mit Sperrvermerk und 3 Mio. € für 2027 mit Sperrvermerk

Beschluss:

Investitionsnummer 6.0614.35 Personenunterführung am Bahnhof:

Es werden eingestellt: 810.000 € in 2026 mit Sperrvermerk und 3 Mio. € für 2027 mit Sperrvermerk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9, Nein 0, Enthaltung 0

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf des Finanzhaushalts unter Berücksichtigung der vorgenommenen Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2

14.3. Stellenplan 2026

Zu Beginn informiert Erste Stadträtin Diegel, dass die Stellen finanziell noch nicht im Haushaltsplan 2026 enthalten sind. Sie macht den Vorschlag, auf zusätzliche finanzielle Mittel in 2026 zu verzichten. Es wird vielseitig diskutiert. Der allgemeine Tenor ist, dass dauerhaft unbesetzte Stellen innerhalb der Stadtverwaltung umverteilt oder gestrichen werden sollen, um genauer zu definieren, wie der Bedarf an neuen Stellen ist.

Fragen zu einzelnen Positionen des Stellenplans 2026 werden mündlich von den Dezernenten und Verwaltungsmitarbeitern beantwortet.

In der ausführlichen Beratung bringt die CDU an, die Stellen zu reduzieren, die derzeit noch nicht besetzt sind. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, dass ein ausführlicher Bericht zur Personalsituation in der kommenden Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

Die Kosten werden anteilig für 2026 in die Veränderungsliste mit aufgenommen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem vorgelegten Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 mit folgenden Änderungen zu:

DS-Nr.:	Titel	Änderung
21-26/1653	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 10 TVöD bei der Kostenstelle 1.000000 - Gemeindeorgane	Stelle abgelehnt
21-26/1540	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 6 TVöD bei der Kostenstelle 5.130000 - Feuerwehr - Verwaltung	Sperrvermerk: „Aufzuheben durch den Haupt- und Finanzausschuss“, nach Vorlage eines umfassenden Berichts seitens des Fachamtes.
21-26/1550	Stellenplan 2026; Schaffung von 1,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus	Reduzierung des Stellenanteils um 0,5 auf 1 Stelle.
21-26/1551	Stellenplan 2026; Schaffung von 2,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus	Reduzierung des Stellenanteils um 1,0 auf 1,5

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 4

14.3. 1. 21-26/1653 Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 10 TVöD bei der Kostenstelle 1.000000 - Gemeindeorgane

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 1.000000 – Gemeindeorgane wird eine Stelle „Sachbearbeitung Netzwerk und Kooperation (m/w/d)“ mit der Wertigkeit 10 TVöD“ geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 3 Nein 5 Enthaltung 1

14.3. 21-26/1545 Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 9b TVöD bei der Kostenstelle 1.020000 - Zentrale Dienste

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 1.020000 – Zentrale Dienste wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 9b TVöD für die Ausbildungskoordination geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 21-26/1546 Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 9b TVöD bei der Kostenstelle 1.020000 - Zentrale Dienste

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 1.020000 – Zentrale Dienste wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 9b TVöD zur Koordination und Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Stadtverwaltung Friedberg geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 21-26/1547 Stellenplan 2026; Streichung des kw-Vermerks "bei Ausscheiden der Stelleninhaberin" auf der Stelle TVöD 9a bei der Kostenstelle 1.021000 - Personal

Beschluss:

Der bei der Kostenstelle 1.021000 – Personal auf der Stelle 9a TVöD angebrachte kw-Vermerk „bei Ausscheiden der Stelleninhaberin“ wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 21-26/1537 Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 1.464700 - Kindertagesstättenverwaltung

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 1.464700 – Kindertagesstättenverwaltung wird eine Stelle der Wertigkeit 8 TVöD für die Sachbearbeitung geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

14.3. 6.	21-26/1538	Stellenplan 2026; Schaffung von Stellen für den Bereich der städtischen Kindertagesstätten unter den Kostenstellen 1.464708 - Kita Mäuseburg und 1.464710 - Kita Usavorstadt
---------------------	-------------------	---

Beschluss:

1. Bei der Kostenstelle 1.464708 - Kita „Mäuseburg“ wird eine halbe Stelle der Wertigkeit S8b TVöD SuE für eine Pädagogische Fachkraft geschaffen.
2. Bei der Kostenstelle 1.464711 - Kita „Usavorstadt“ werden 13 Stellen der Wertigkeit S 8b TVöD SuE für Pädagogische Fachkräfte, 1,5 Stellen der Wertigkeit 3 TVöD für den Bereich der Reinigung sowie eine halbe Stelle der Wertigkeit 4 TVöD für den Bereich der Hauswirtschaft geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 7.	21-26/1558	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 2 TVöD Umfang 0,39 bei der Kostenstelle 4.561008 - Campus Sporthalle
---------------------	-------------------	---

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 4.561008 – Campus Sporthalle wird eine Stelle der Wertigkeit 2 TVöD mit dem Umfang 0,39 für die Reinigung geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 8.	21-26/1542	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 9a TVöD bei der Kostenstelle 5.050000 - Bürgerservice - Standesamt
---------------------	-------------------	---

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.050000 – Bürgerservice – Standesamt wird eine Stelle der Wertigkeit 9a TVöD für die Aufgaben der Sachbearbeitung im Standesamt und Vertretung im Bereich Bürgerbüro geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 9. 21-26/1541 Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 5.110000 - öffentliche Sicherheit und Ordnung

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.110000 – öffentliche Sicherheit und Ordnung wird eine Stelle der Wertigkeit 8 TVöD für die Aufgaben eines Ordnungspolizeibeamten (m/w/d) geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 10. 21-26/1543 Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD Umfang 0,14 bei der Kostenstelle 5.110000 - öffentliche Sicherheit und Ordnung

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.110000 – öffentliche Sicherheit und Ordnung wird eine Stelle der Wertigkeit 8 TVöD mit dem Umfang 0,14 (5,5 Wochenstunden) aufgrund dauerhaften Mehrbedarfs in der Gewerbeabteilung geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 11. 21-26/1539 Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 5.130000 - Feuerwehr - Verwaltung

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.130000 – Feuerwehr – Verwaltung wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 8 TVöD für die Sachbearbeitung im Bereich Brand- und Katastrophenschutz geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 12. 21-26/1540 Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 6 TVöD bei der Kostenstelle 5.130000 - Feuerwehr - Verwaltung

Beschlussentwurf:

Bei der Kostenstelle 5.130000 – Feuerwehr – Verwaltung wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 6 TVöD für die Aufgaben eines Objektmanagers / Hausmeisters (m/w/d) geschaffen.

Änderungsantrag der CDU:

Ausbringung eines Sperrvermerks „Aufzuheben durch den Haupt- und Finanzausschuss“, nach Vorlage eines umfassenden Berichts seitens des Fachamtes.

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.130000 – Feuerwehr – Verwaltung wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 6 TVöD für die Aufgaben eines Objektmanagers / Hausmeisters (m/w/d) geschaffen **mit folgendem Sperrvermerk „Aufzuheben durch den Haupt- und Finanzausschuss“, nach Vorlage eines umfassenden Berichts seitens des Fachamtes.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 13.	21-26/1613	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 2 TVöD Umfang 0,5 bei der Kostenstelle 5.130001 - Feuerwehr Kernstadt
----------------------	-------------------	--

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 5.130001 – Feuerwehr Kernstadt wird eine Stelle der Wertigkeit 2 TVöD mit dem Umfang 0,5 aufgrund dauerhaften Mehrbedarfs geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 14.	21-26/1548	Stellenplan 2026; Schaffung einer halben Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.762100 - Stadthalle / Bürgerhäuser - Verwaltung
----------------------	-------------------	---

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 9.762100 – Stadthalle / Bürgerhäuser – Verwaltung wird eine halbe Stelle der Wertigkeit 8 TVöD geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

14.3. 15.	21-26/1549	Stellenplan 2026; Schaffung einer Stelle der Wertigkeit 8 TVöD bei der Kostenstelle 9.762100 - Stadthalle / Bürgerhäuser - Verwaltung
----------------------	-------------------	--

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 9.762100 – Stadthalle / Bürgerhäuser – Verwaltung wird eine Stelle der Wertigkeit 8 TVöD für die Verwaltung der Stadthalle geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**14.3. 21-26/1550 Stellenplan 2026; Schaffung von 1,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei
16. der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus**

Beschlussentwurf:

Bei der Kostenstelle 9.790000 – Tourismus werden 1,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD für die Aufgaben der Friedberg Info geschaffen.

Änderungsantrag der UWG:

Reduzierung des Stellenanteils um 0,5 auf 1 Stelle.

Beschluss

Bei der Kostenstelle 9.790000 – Tourismus **wird 1 Stelle** der Wertigkeit 8 TVöD für die Aufgaben der Friedberg Info geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**14.3. 21-26/1551 Stellenplan 2026; Schaffung von 2,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD bei
17. der Kostenstelle 9.790000 - Tourismus**

Beschlussentwurf:

Bei der Kostenstelle 9.790000 – Tourismus werden 2,5 Stellen der Wertigkeit 8 TVöD für die Aufgaben im Bereich Stadtmarketing geschaffen.

Änderungsantrag der CDU:

Reduzierung des Stellenanteils um 1,0 auf 1,5

Beschluss:

Bei der Kostenstelle 9.790000 – Tourismus werden **1,5 Stellen** der Wertigkeit 8 TVöD für die Aufgaben im Bereich Stadtmarketing geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**14.3. 21-26/1332 Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2024;
18. hier: Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement**

Beschlussentwurf:

Bei der Kostenstelle 6.610000 – Stadtplanung wird eine Stelle der Wertigkeit 11 TVöD für die Aufgaben einer/s Klimaanpassungsmanagerin/s (m/w/d) geschaffen.

Bürgermeister Dahlhaus informiert, dass ein entsprechender Förderantrag gestellt wurde. Der Antrag beinhaltet auch eine auf zwei Jahre befristete Förderung einer Stelle im Klimaanpassungsmanagement.

Mitglied Haub fordert eine Prüfung der zukünftig neu zu besetzenden Stellen im Bauamt, z.B. wegen Eintritt des Rentenalters und der momentan nicht besetzten Stellen, bevor eine Stelle besetzt wird.

Amtsleiter Brandt bittet darum, die anstehende Organisationsprüfung abzuwarten und im Anschluss auf dieser Basis weiter zu diskutieren. Amtsleiter Brandt informiert weiter, dass die umfangreichen Themen des Klimaanpassungsmanagements momentan nicht vollständig abgedeckt seien und begrüßt daher die mögliche Förderung.

Beschluss in Abänderung:

Bei der Kostenstelle 6.610000 – Stadtplanung wird eine Stelle der Wertigkeit 11 TVöD für die Aufgaben einer/s Klimaanpassungsmanagerin/s (m/w/d) **nach Genehmigung des Fördermittelantrags** geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2

14.4. Investitionsprogramm 2025 - 2029

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf des Investitionsprogramm 2025 2029 unter Berücksichtigung der vorgenommenen Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmengleichheit gem. § 54 HGO abgelehnt
Ja 4 Nein 4 Enthaltung 1

14.5. Ergebnis- und Finanzplanung 2025 -2029

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2025 2029 unter Berücksichtigung der vorgenommenen Veränderungen zu

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 4

14.6. Haushaltssatzung 2026

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der vorgenommenen Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 4

15. 21-26/1655 Beschluss über die Festlegung des Prüfers für die Jahresabschlüsse 2025 – 2027 Stadtwerke Friedberg

Beschluss:

Es wird empfohlen, die Drescher Dersch GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt, als Prüfer für den Jahresabschluss 2025 - 2027 der Stadtverordnetenversammlung zur Bestellung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

16. 21-26/1658 Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Friedberg/Hessen

Bürgermeister Dahlhaus beantwortet Fragen von Mitglied Haub zum Stellenplan.

Bürgermeister Dahlhaus berichtet weiter, dass die Stadtwerke mit Unterstützung einer externen Agentur zukünftige Geschäftsfelder für die Stadtwerke bearbeiten. Hier geht es darum, die Stadtwerke zukunftsfähig aufzustellen und dem prognostizierten Rückgang des Geschäftsfeldes der Gasversorgung bis 2045 entgegenzuwirken.

Die Ergebnisse sollen Mitte Januar in der Betriebskommission der Stadtwerke vorgestellt werden.

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2026 wird zugestimmt und der vorgelegte Wirtschaftsplan einschließlich Stellenplan der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2026 wird genehmigt und wie folgt festgestellt:

- I. Erfolgsplan
- | | | |
|---|---|----------|
| Aufwand und Ertrag | = | 220 T€ |
| Vermögensplan | | |
| Ausgabenbedarf
(enthalten: Verminderung des Nettogeldvermögens 0 T€) | = | 4.232 T€ |
| Deckungsmittel | = | 4.232 T€ |
- II. Eine Darlehensbeschaffung ist in Höhe von 1.976 T€ veranschlagt.
- III. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der im Wirtschaftsjahr 2026 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden kann, wird auf 6.000 T€ festgesetzt.
- IV. Verpflichtungsermächtigungen werden keine erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

17. 21-26/1629 Wirtschaftsplan 2026 der Entsorgungsbetriebe der Stadt Friedberg (Hessen)

Mitglied Haub bittet um Auskunft, warum im Investitionsplan keine Mittel für eine mögliche Bebauung des ehemaligen Kasernengeländes, z.B. für Rohrleitungen oder Ausbau der Kläranlage, geplant werden.

Erste Stadträtin Diegel informiert zum derzeitigen Stand und den weiteren Planungen.

Beschluss in Abänderung:

Der Wirtschaftsplan 2026 wird mit Abänderung des Stellenplans (Einplanung einer weiteren TVöD-Stelle 11 und einer weiteren TVöD-Stelle 8) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

18. 21-26/1631/1 Überarbeitung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen)

Mitglied Dr. Saltzwedel bittet zu prüfen ob, § 9 ganz oder in Teilen gestrichen werden kann.

Frau Kohl, Leitung Gewerbeabteilung, sagt die Prüfung bis zur kommenden Stadtverordnetenversammlung zu.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen) wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

19. 21-26/1638 Neufassung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)

Ausschussvorsitzender Wagner informiert, dass keine Anmerkungen aus der Anhörung der Ortsbeiräte vorliegen.

Mitglied Mewes berichtet aus dem Ortsbeirat Kernstadt und bittet folgende Anmerkungen zu berücksichtigen:

zu § 1 Abs. 5- Der Ortsbeirat Kernstadt schlägt vor die bestehende Regelung, „Zu Anfragen und zu Vorschlägen der Ortsbeiräte, für die die Stadtverordnetenversammlung nicht zuständig ist, erteilt der Magistrat dem Ortsbeirat innerhalb von drei Monaten eine Stellungnahme“ beizubehalten. Bei Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung soll die Angelegenheit spätestens auf der vierten folgenden Sitzung beraten werden.

Mitglied Dr. Saltzwedel bittet darum bei § 14. Abs. 3 das Wort zugeleitet durch vorgelegt zu ersetzen.

Vorsitzender Wagner schlägt vor, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung im Geschäftsgang zu belassen und den Ortsbeiräten bis zum 15.01.2026 die Möglichkeit zu geben, auf die vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen zu reagieren.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Beschlussentwurf:

Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.

zurückgestellt

20. 21-26/1665 Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse der Stadt Friedberg (Hessen)

Mitglied Dr. Saltzwedel schlägt folgende redaktionelle und inhaltlichen Änderungen vor:

1. Redaktionell:

- Die Überschriften im Inhaltsverzeichnis stimmen nicht alle mit den späteren Überschriften überein:
 - Im Inhaltsverzeichnis:
 - § 45 "und Antragsrecht" streichen
 - § 48 "der" ergänzen
 - im Text:
 - § 25 muss "Redezeit" heißen
- Korrekturen:
 - In § 9 fehlt der Abschnitt (5), also die Festlegung auf Präsenz. (In der Synopse ist der enthalten.)
 - In § 12 (3) ist der vorletzte Satz eine Dublette des Satzes davor und sollte gestrichen werden.
 - § 45 Satz 2 ändern:
 - bisher: "Vorschläge reicht sie oder er in schriftlicher oder elektronischer Form bei dem Magistrat ein."
 - neu: "Vorschläge reicht er schriftlich oder elektronisch bei dem Magistrat ein."
 - Begründung: analog § 39, außerdem einfacher

2. Weitere Änderungsvorschläge:

- In § 9 (3) einen Satz am Ende ergänzen, um keine Personen auszugrenzen: "Einzelne Stadtverordnete können der elektronischen Form widersprechen."
- § 10 (3) streichen - sofern es keinen rechtlichen Zwang dazu gibt. (Übrigens: Am 8.5.25 wurde B-Plan 88 bereits in Teil A beschlossen.)

- § 19 (2) am Ende ergänzen: ", sofern deren Anwesenheit nicht durch ein Gesetz erlaubt ist." (z.B. für Blindenhunde)
- § 30 (1) am Ende ergänzen: "Bei grundlegenden Diskussionen sind auf Antrag und mehrheitlicher Zustimmung im Gremium die wesentlichen besprochenen Standpunkte im Protokoll kurz zusammengefasst mit aufzunehmen."
- § 30 (4) Änderung des letzten Satzes:
 - bisher: "Über fristgerechte Einwendungen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Sitzung."
 - neu: "Offensichtliche Fehler werden direkt korrigiert. Über fristgerechte Einwendungen entscheidet im Zweifel die Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Sitzung."
- § 32 (2) Satz 1: Streichen von ", ausgenommen im Falle des § 25 HGO (Widerstreit der Interessen)"
Begründung: a) Auch in Mustersatzung nicht aufgeführt b) Parteien könnten für die Sitzung auch im Vorfeld eine andere Person für den Ausschuss benennen.
- § 36 (1) Satz 2 ändern:
 - bisher: "Vorschläge reicht er schriftlich bei dem Magistrat ein."
 - neu: "Vorschläge reicht er schriftlich oder elektronisch bei dem Magistrat ein."
 - Begründung: analog § 39, die elektronische Form sollte hier nicht explizit ausgeschlossen sein
- § 42 (1) Satz 2 ändern:
 - bisher: "Vorschläge reicht er in schriftlicher oder elektronischer Form bei dem oder der Vorsitzenden des Magistrats oder dem von diesem oder dieser bestimmten Mitglied des Magistrats ein."
 - neu: "Vorschläge reicht er schriftlich oder elektronisch bei dem Magistrat ein."
 - Begründung: analog § 39, außerdem einfacher

Mitglied Fuchs schlägt vor, bei § 8 Abs. 4, § 9 Abs. 5 und § 27 Abs. 2 hinzuzufügen, dass eine Bild-/Ton-Übertragung zu ermöglichen ist.

Ausschussvorsitzender Wagner schlägt vor, die weitere Beratung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Beschlussentwurf:

Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse in der Stadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.

zurückgestellt

**21. 21-26/1628 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2025;
hier: Vorstellung von Wahlvorschlägen für die Ortsgerichte**

Antragstext:

Künftig sollen sich die für die Wahl zu den Ortsgerichten vorgeschlagenen Personen im Rahmen der vorbereitenden Beratung im Haupt- und Finanzausschuss kurz persönlich vorstellen.

Die Vorstellung soll in einem zeitlich angemessenen Rahmen erfolgen (ca. 5 Minuten pro Person) und eine kurze Darstellung des beruflichen und ehrenamtlichen Hintergrunds sowie der Motivation für die Übernahme des Ehrenamtes umfassen.

Erste Stadträtin Diegel äußert die Befürchtung, dass sich durch das beantragte Vorstellungsverfahren nicht mehr genügend Ehrenamtliche für die Ortsgerichte finden werden.

Mitglied Dr. Rack befürwortet eine Vorstellung in den Ortsbeiräten, sieht aber nicht die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschuss.

Vorsitzender Wagner übergibt Stadtverordnetenvorsteher Hollender das Wort. Dieser erläutert das Verfahren, und weist ausdrücklich darauf hin, dass das zuständige Gericht die Auswahl entscheidet und die Stadt nur ein Vorschlagsrecht habe.

Mitglied Fuchs stellt den Antrag, dass den zukünftigen Beschlussvorlagen eine kurze Beschreibung der Person hinzugefügt werden soll und zieht den ursprünglichen Antrag zurück.

Vorsitzender Wagner leitet die Abstimmung über den geänderten Antrag.

Beschluss:

Künftig soll der Beschlussvorlage für die Wahl zu den Ortsgerichten eine kurze Beschreibung der vorgeschlagenen Person hinzugefügt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**22. 21-26/1334 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024;
hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte
Wahlbriefaufkommen**

Antragstext:

Bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen werden mindestens vier Briefwahlbezirke eingerichtet.

Vorsitzender Wagner bittet den Ausschuss den neu vorliegenden Vorschlag des Wahlamtes zu prüfen:

Das Wahlamt richtet ab der nächsten anstehenden Wahl folgende 6 Briefwahl-Bezirke ein:

BW 1 und BW 2 Kernstadt inkl. Fauerbach
BW 3 Ockstadt
BW 4 Dorheim
BW 5 Bruchenbrücken
BW 6 Bauernheim und Ossenheim (aufgrund der Größe mit getrennter Niederschrift)

Mitglied Haub stellt den Antrag, dass Erfrischungsgeld für Wahlhelfer in den Briefwahlbezirken um € 25.- zu erhöhen.

Erste Stadträtin Diegel weist daraufhin, dass das Erfrischungsgeld erst kürzlich angehoben wurde, und schlägt vor, dass die Verwaltung die Möglichkeit eines Imbisses für die Helfer in den Briefwahlbezirken prüfen sollte.

Mitglied Haub zieht seinen Antrag zurück.

Vorsitzender Wagner leitet die Abstimmung:

Beschluss in Abänderung:

Das Wahlamt richtet ab der nächsten anstehenden Wahl folgende 6 Briefwahl-Bezirke ein:

BW 1 und BW 2 Kernstadt inkl. Fauerbach

BW 3 Ockstadt

BW 4 Dorheim

BW 5 Bruchenbrücken

BW 6 Bauernheim und Ossenheim (aufgrund der Größe mit getrennter Niederschrift)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**23. 21-26/1335 Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2024;
hier: Aufstellung von "Sportboxen" im Friedberger Stadtgebiet**

Amtsleiter Hölzinger informiert, dass die Boxen für eine Testphase bereits bestellt wurden.

Beschluss in Abänderung / Beschlussempfehlung Ausschuss JSSSK:

Der Magistrat wird gebeten, die Möglichkeit einer Aufstellung von Sportboxen des Unternehmens „SpielBoxx“ im Stadtgebiet und den Stadtteilen zu prüfen. Als Testpiloten werden die Seewiese und die Bauernheimer Sportplatzanlage vorgeschlagen.

zur Kenntnis genommen

**24. 21-26/1637 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2025;
hier: Partnerschaft für den Reservedienst im Heimatschutz**

Antragstext:

Die Stadt Friedberg tritt der „Partnerschaft für den Reservedienst“ beim Landeskommando Hessen der Bundeswehr bei und stellt Beschäftigte der Stadt und ihrer Gesellschaften und Eigenbetriebe, die sich im Reservedienst bzw. in einem Heimatschutzregiment engagieren müssen, im Rahmen dieser Partnerschaft für diesen Dienst frei.

Die Stellungnahme der Verwaltung und die Beschlussempfehlung aus dem JSSSK werden zur Kenntnis genommen.

Mitglied Dr. Saltzwedel stellt folgenden Antrag in Abänderung, da die weiteren Punkte des Antrags gesetzlich geregelt sind:

„Die Stadt Friedberg tritt der „Partnerschaft für den Reservedienst“ beim Landeskommmando Hessen der Bundeswehr bei.“

Mitglied Dr. Rack befürwortet den Änderungsantrag.

Vorsitzender Wagner leitet die Abstimmung über den geänderten Antrag.

Beschluss in Abänderung:

Die Stadt Friedberg tritt der „Partnerschaft für den Reservedienst“ beim Landeskommmando Hessen der Bundeswehr bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2

25. 21-26/1647 Sachstandsbericht Fördermittelmanagement Friedberg (Hessen)

Vorsitzender Wagner informiert, dass der Sachstandsbericht im kommenden Jahr ausführlich präsentiert wird.

zur Kenntnis genommen

26. Verschiedenes

26.1. Verschiedenes; hier: Haushaltsplan für Ortsbeiräte

Mitglied Haub bittet im Namen der Ortsbeiräte darum, den Ortsbeiräten eine Version des Haushaltsentwurfes zur Verfügung zu stellen, der auf die Punkte reduziert ist, die den jeweiligen Ortsbeirat betreffen.

Erste Stadträtin Diegel wird die Bitte für den Haushalt 2027 berücksichtigen.

26.2. Verschiedenes; hier: Ergebnis- und Finanzhaushalt

Mitglied Haub bittet darum, zukünftig Ergebnis- und Finanzhaushalt auseinander zu strukturieren, um eine bessere Übersicht zu erhalten.

Erste Stadträtin Diegel erläutert, dass die Darstellungsform nicht geändert werden darf, da diese gesetzlich geregelt ist

26.3. Verschiedenes; hier: 4-Jahresplanung

Mitglied Haub erkundigt sich, ob die 4- Jahresplanung zukünftig getrennt nach Ämtern vorgelegt werden kann.

Erste Stadträtin Diegel sagt zu, den Wunsch prüfen zu lassen.

26.4.

**Verschiedenes;
hier: ABO Energy**

Mitglied Haub bittet um Auskunft, ob und welche Auswirkungen die Mitteilungen zur finanziellen Situation von ABO Energy auf den geplanten Windpark Winterstein und den Haushalt 2028 haben könnten.

Amtsleiter Brandt informiert, dass Gespräche man sich mit ABO Energy im Gespräch befindet, aber noch keine konkrete Auskunft erteilen kann.

Bürgermeister Dahlhaus rechnet damit, vor der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Stellungnahme vorlegen zu können.

26.5.

Verschiedenes; hier: Korrigierte Daten

Mitglied Durchdewald erkundigt sich, bis wann eine Liste mit den in den Beratungen angepassten korrigierten Daten zu erwarten ist.

Erste Stadträtin Diegel informiert, dass die korrigierten Daten bis zum 05.12.2025 vorliegen sollten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, schließt Vorsitzender Bernd Wagner die Sitzung mit Dank an die Anwesenden.

gez.: Wagner
(Vorsitzender)

gez.: Kammer
(Schriftführung HuF/045)

gez.: Allemann
(Schriftführung HuF/046)

gez.: Vogt
(Schriftführung HuF/047)

gez.: Büttner
(Schriftführung
Haushalt/Stellenplan)

gez.: Teuber
(Schriftführung
Haushalt)